

Kantonsrat

KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 2. Dezember 2025
Kantonsratspräsidentin Widmer Reichlin Gisela

A 550 Anfrage Piani Carlo und Mit. über die Auswirkungen der steigenden Krankenkassenprämien auf den Mittelstand, die Gemeinden und die Einführung der einheitlichen Finanzierung ambulanter und stationärer Leistungen (EFAS) im Kanton Luzern / Gesundheits- und Sozialdepartement

Die Anfrage A 550 sowie die Anfrage A 551 von Karin Andrea Stadelmann über die Prämienentwicklung im Kanton Luzern und Entlastungsmöglichkeiten: Chancen und Risiken für den Kanton Luzern (Prämiendeckel) werden als Paket behandelt.

Carlo Piani ist mit der Antwort des Regierungsrates teilweise zufrieden und verlangt Diskussion.

Karin Andrea Stadelmann ist mit der Antwort des Regierungsrates teilweise zufrieden und verlangt Diskussion.

Carlo Piani: Positiv hervorheben möchten wir, dass die Regierung die finanziellen Zusammenhänge in ihrer Antwort klar dargelegt hat und zeigt, wie die steigenden Prämien auch die Gemeinden über die Prämienverbilligung belasten. Ebenso begrüssen wir, dass sie die wachsenden Deckungslücken beim unteren Mittelstand anerkennt und mit der Revision des Prämienverbilligungsgesetzes Familien mit mittleren Einkommen besser unterstützen will. Auch die Ausrichtung auf eine integrierte Versorgung, Digitalisierung und Prävention ist ein wichtiger Schritt zur langfristigen Kostendämpfung. Gleichzeitig bleiben wichtige Fragen offen. Für die Gemeinden sind die Folgen der kommenden Systemänderung weiterhin unklar. Hier braucht es frühzeitige Szenarien, damit sie nicht erst 2028 wissen, welche Lasten auf sie zukommen. Die Entlastung des Mittelstandes wird zwar thematisiert, aber ohne konkrete Angaben dazu, wie viele Haushalte tatsächlich profitieren werden. Viele der genannten Reformen wirken erst langfristig, aber kurzfristige Massnahmen, welche die Bevölkerung entlasten, fehlen noch, obwohl die Prämien jetzt steigen. Die Rolle der Gemeinden bleibt offen, obwohl sie einen wesentlichen Teil der Gesundheitskosten tragen. Sie müssen in die weiteren Arbeiten eingebunden werden. Die Mitte-Fraktion unterstützt die strategische Stossrichtung der Regierung. Gleichzeitig erwarten wir aber Klarheit, eine konkrete Entlastung für den Mittelstand und Schritte, die eine rasche Wirkung entfalten, denn die steigenden Gesundheitskosten betreffen unsere Bevölkerung und die Gemeinden.

Karin Andrea Stadelmann: Die Gesundheitskosten sind gemäss Sorgenbarometer immer noch das Thema Nummer 1. Umso wichtiger ist es uns von der Mitte, dieses Thema wieder auf das politische Parkett zu bringen. Wir wollten wissen, welche Auswirkungen EFAS (einheitliche Finanzierung ambulanter und stationärer Leistungen) hat. Wie Carlo Piani bereits ausgeführt hat, sind unsere Fragen noch nicht alle geklärt und die Gemeinden werden

belastet. Auf der anderen Seite spürt und hört man, dass in einigen Kantonen wieder von einem Prämiendeckel die Rede ist. Umso wichtiger ist es, dass wir diesbezüglich klare Antworten der Regierung erhalten haben. Mit den Antworten sind wir aber nur teilweise zufrieden. Die Regierung zeigt in ihrer Antwort auf, dass ein Prämiendeckel mit den 10 Prozent, wie er auch nationaler Ebene gefordert wurde, den falschen Anreiz setzt. Das bedeutet, dass es auch für den Kanton Luzern keinen Sinn macht, so etwas einzuführen. Infolge der Ablehnung dieser 10 Prozent-Initiative muss der Kanton bis 2030 eine Lösung für einen gewissen Maximalanteil der Prämien gemessen am Einkommen finden. Diesbezüglich ist der Regierungsrat in seiner Antwort nicht auf eine Lösung eingegangen. Man weiss aber, dass der Kanton eine Vorgabe von rund 5,4 Prozent erfüllen müsste. Das heisst, dass die Kosten weiter steigen werden und wir gefordert sind, im Gesundheitswesen Lösungen zu finden. Es kommt aber deutlich hervor, dass wir mit der individuellen Prämienverbilligung (IPV) eine Lösung haben. Sie kommt denjenigen Personen zugute, die tatsächlich darauf angewiesen sind. Der Mittelstand wird dadurch aber nicht entlastet und es entstehen hohe Kosten, die uns alle jeden Monat finanziell schmerzen. Da die Mitte die Kosten senken möchte wollten wir wissen, wo der Kanton steht. Wir sehen, dass sich bei der IPV etwas tut, aber dass das noch nicht reicht. Man setzt auf die integrierte Versorgung und die Digitalisierung. Um die Gesundheitskosten senken zu können, müssen aber gewisse Doppelspurigkeiten vermieden werden. Wir überlegen uns, wie wir in diesem Thema weiter vorgehen wollen. Eine Variante ist, über die Krankenkassenprämien und allenfalls über einen Versicherungsabzug für den Mittelstand zu diskutieren.

Simon Howald: Die zunehmenden Sorgen der Bevölkerung bezüglich der steigenden Krankenkassenprämien sind aus Sicht der GLP-Fraktion verständlich und nachvollziehbar. Ein Ende der Kostensteigerung im Gesundheitswesen ist noch nicht in Sicht, obwohl seit vielen Jahren darüber diskutiert wird und verschiedene Massnahmen umgesetzt werden. Die Revision des Krankenversicherungsgesetzes (KVG) per 1. Januar 2026 wird die Krankenversicherungslast der 40 Prozent einkommensschwätesten Versicherten wirkungsvoller senken und die steigende Belastung vorerst abfedern. Die Zahl der subventionierten Haushalte wird durch die Umsetzung des indirekten Gegenvorschlags zur Prämien-Entlastungsinitiative ausgedehnt. Unserer Meinung nach ist die Kostenaufteilung zwischen den Staatsebenen weiterhin sinnvoll. Kanton und Gemeinden übernehmen nach Abzug des Bundesbeitrags je die Hälfte der verbleibenden Kosten. Daran soll vorerst nichts verändert werden. Das Bundesamt für Gesundheit (BAG), die Konferenz der kantonalen Gesundheitsdirektorinnen und -direktoren (GDK) und die Verbände der Leistungserbringer und Versicherer erarbeiten derzeit gemeinsam die Grundlagen zur Umsetzung der einheitlichen Finanzierung ambulanter und stationärer Leistungen EFAS. Aus unserer Perspektive müssen die entsprechenden Resultate abgewartet werden, damit sie bei den nächsten Schritten berücksichtigt werden können. Selbstverständlich unterstützt die GLP die Bemühungen bezüglich Vermeidung von Doppelspurigkeiten und den Abbau von Fehlanreizen. Auch die Prävention und die Stärkung der Gesundheitskompetenzen der Bevölkerung begrüssen wir. Dabei sollen eine engere Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Akteuren und die Stärkung ambulanter Strukturen gefördert werden. Letztlich soll durch die Digitalisierung eine bessere Vernetzung und Koordination der Leistungserbringenden angepeilt werden. Den erwähnten Prämiendeckel unterstützt die GLP Fraktion nicht, weil er einen falschen Anreiz setzt und die Kosten zunehmend zum Kanton und zu den Gemeinden verschiebt. Die Grünliberalen unterstützen die Vision eines integrierten, effizienten und qualitativ hochwertigen Gesundheitssystems – inklusive weitergehende Digitalisierung.

Hannes Koch: Die IPV ist eines der wichtigsten sozialen Instrumente in unserem Gesundheitssystem. In der Schweiz bezahlen alle Menschen ungefähr gleich viel für die Grundversicherung, unabhängig von ihrem Einkommen. Das führt zu einer sozialen Ungleichheit. Für Haushalte mit kleinen und mittleren Einkommen machen die Krankenkassenprämien einen viel zu hohen Anteil des Budgets aus. Sie geraten dadurch schnell in einen finanziellen Engpass oder sogar Schulden. Viele verschieben aus Kostengründen sogar einen Arztbesuch. Genau deshalb ist die IPV so wichtig. Sie sorgt dafür, dass der Zugang zur Gesundheitsversorgung nicht vom Geld abhängt. Gerade im Kanton Luzern zeigt sich deutlich, wie wichtig dieses Instrument ist. Immer mehr Haushalte sind auf diese Unterstützung angewiesen. Die IPV vermindert Armut, senkt das Risiko von Krankenkassenschulden und sorgt dafür, dass Menschen rechtzeitig medizinische Hilfe erhalten. Ohne diese Unterstützung würden deutlich mehr Personen in die Sozialhilfe abrutschen und dadurch auch für die Gemeinden Folgekosten verursachen. Die IPV ist kein Luxus, sondern eine zentrale Voraussetzung für soziale Gerechtigkeit im schweizerischen Gesundheitswesen. Sie macht das unsoziale Kopfprämiensystem tragbar und stellt sicher, dass Gesundheit kein Privileg ist, sondern ein Grundrecht für alle bleibt. Es ist interessant, wenn die Mitte nun der Meinung ist, dass sie das Thema wieder aufs Parkett gebracht hat. Das Thema wurde doch nie vom Parkett genommen. Wir haben erst gestern in der Budgetdebatte über eine Erhöhung der IPV diskutiert, weil die Zahlen im Kanton Luzern derart zunehmen. Ich wüsste ja gerne, wo sich die Mitte-Fraktion gestern befand, als die Thematik behandelt wurde. Aber Sie wollten ja nicht mitdiskutieren, daher ist es schon richtig, dass Sie das Thema wieder aufs Parkett gebracht haben. Es ist richtig, dass wir im aktuellen Budgetprozess den Betrag für die IPV erhöht haben. Dieses Mal sogar mit einer Mehrheit. Auch vor Einreichung dieser beiden Anfragen war klar, dass die Krankenkassenprämien weiter steigen. Es ist auch nachvollziehbar, dass mit steigenden Krankenkassenprämien immer mehr Versicherte aus dem unteren Mittelstand in eine Deckungslücke geraten. Welchen Einfluss EFAS haben wird, darüber kann noch keine Aussage gemacht werden. Wir sind aber gespannt, was dabei herauskommen wird. Die Bestrebungen des Kantons im Rahmen der Prävention sind unbedingt zu unterstützen. Vielleicht müssen wir anlässlich der nächsten Budgetdebatte nochmals über diese Frage diskutieren. Zudem sind im Budget auch in Zukunft ausreichend Mittel für die IPV einzustellen.

Sibylle Boos-Braun: Die finanzielle Belastung der Bevölkerung durch die laufend steigenden Krankenkassenprämien wird immer grösser. Sie sind ein wichtiger Faktor in Bezug auf die allgemeine Sorge unserer Bevölkerung. Es braucht Massnahmen und wir alle sind gefordert, dass unser Gesundheitssystem nachhaltiger und auch bezahlbarer wird und damit auch die Belastung der Prämienzahlenden langfristig gedämpft werden kann. Entsprechend unterstützt die FDP-Fraktion die Strategie des Kantons mit der Stärkung der integrierten Versorgung und damit auch eine engere Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Akteuren. Aber auch die Stärkung der ambulanten Strukturen und den Abbau von Fehlanreizen. Auch die verstärkte Digitalisierung und Prävention erachten wir als sehr wichtig. Aber die Idee eines Prämiedeckels sehen wir wie die Regierung nicht als zielführend. Ob die Einführung von EFAS tatsächlich kostendämpfend wirkt, ist zwar zu wünschen, wird sich aber erst zeigen müssen.

Jasmin Ursprung: Die steigenden Krankenkassenprämien belasten unsere Bevölkerung massiv. Familien, Alleinerziehende, Personen mit mittleren Einkommen und selbstverständlich auch Menschen, die bereits heute auf eine Prämienverbilligung angewiesen sind. Die Belastungsgrenze ist vielerorts erreicht. Doch eines muss klar gesagt werden: Mit immer neuen Mehrausgaben für Prämienverbilligungen decken wir das Problem höchstens zu, aber

wir lösen es nicht. Wir alle wissen, dass der Kern des Problems in Bern liegt. Die Prämien steigen, weil die Gesundheitskosten steigen und nicht umgekehrt. Solange diese Kosten weiter ungebremst wachsen, zahlen am Ende immer die Versicherten. Es nützt nichts, wenn wir auf kantonaler Ebene einfach die Symptome mildern, während die Ursachen unangetastet bleiben. Ein Beispiel dafür ist EFAS. Ja, EFAS ist ein wichtiger Reformschritt. Aber EFAS tritt frühestens 2028 in Kraft. Die erwartete kostendämpfende Wirkung bei den Prämien wird laut heutigen Einschätzungen erst 2028 spürbar. Wir sprechen also von einer Reform, die Hoffnung macht, deren Wirkung aber noch Jahre entfernt ist. Bis dahin stehen wir weiterhin vor einer Kostentwicklung, welche die Bevölkerung direkt betrifft. Wir müssen endlich die strukturellen Ursachen angehen. Dazu gehören eine koordinierte Versorgung, die Vermeidung von Doppelspurigkeiten, eine starke Förderung der ambulanten Strukturen und die Nutzung digitaler Lösungen. Nur, wenn wir die Kosten vor ihrer Entstehung dämpfen, gewinnen wir nachhaltig. Wir dürfen die Bevölkerung nicht Jahr für Jahr mit steigenden Prämien und höheren Staatsausgaben konfrontieren, ohne das System grundlegend zu modernisieren. Die IPV ist wichtig, aber sie bleibt ein Pflaster. Die echte Therapie liegt in einer mutigen, schweizweit abgestimmten Gesundheitsstrategie.

Marcel Budmiger: Ich kann mich Hannes Koch anschliessen: Das Thema ist schon lange auf dem Parkett, neu ist es auch bei der Mitte angekommen, das freut uns. Bei der Anfrage A 550 von Carlo Piani ist aber die Frage falsch gestellt. Die Prämienlast wird für den Mittelstand nicht langsam zu Belastung, sondern ist es schon lange. Auch wir sagen seit langem, dass der Mittelstand zu wenig unterstützt wird. Leider konnten wir eine Verbesserung der Prämienverbilligung nur auf dem Gerichtsweg ersteiten und gegen den Willen der Regierung und der Mehrheit unseres Rates. Davon haben aber vor allem die tiefen Einkommen profitiert. Es ist schön, dass sich die Mitte nun offen zeigt gegenüber unseren Argumenten. Einen Prämiendeckel, der den Mittelstand entlastet, gibt es aber nicht gratis. Die nächste Budgetdebatte wird kommen und es wird etwas kosten, wenn Sie den Mittelstand entlasten wollen. Ich interpretiere die Antwort des Regierungsrates anders als Karin Andrea Stadelmann. Die Regierung schreibt klar: «Es ist jedoch davon auszugehen, dass von einer Grenze für die Prämienbelastung der Haushalte würden insbesondere Haushalte mit mittleren Einkommen profitieren.» Ich verstehe nicht, weshalb ihrer Ansicht nach der Mittelstand nicht entlastet werden soll. Was nicht passiert ist, dass die Gesundheitskosten mit einem Prämiendeckel gesenkt werden. Wenn ich aber höre, dass Sie Ihr Allheilmittel Steuerabzüge vorschlagen: Steuerabzüge machen das Gesundheitssystem auch nicht kostengünstiger, sondern verteuern es eher. Die Mitte stellt viele Fragen zur Prämienentwicklung und findet es ein wichtiges Thema. Es ist schön, dass das anerkannt wurde, aber wir müssen über Lösungen und nicht nur über Fragen diskutieren. Wir sind offen für Vorschläge, wie man den Mittelstand bei den Prämien entlasten kann. Das können aber nicht einfach nur Steuerabzüge sein, wie wir es bereits bei der Beratung des Postulats P 429 gehört haben. Das ist nur eine Umverteilung von unten nach oben, dabei machen wir nicht mit. Da aber dringender Handlungsbedarf besteht, sind wir offen für Gespräche. Prämienprognosen zu machen sind immer schwierig, was aber heute bereits ziemlich sicher gesagt werden kann ist, dass das Prämienwachstum höher als das Wirtschaftswachstum sein wird. Bitte überdenken Sie auch diesbezüglich Ihre Haltung, wenn es um das Finanzleidbild geht.

Karin Andrea Stadelmann: Ich zitiere ebenfalls aus der Antwort des Regierungsrates. Ein solcher Prämiendeckel, wenn wir die SP-Initiative eingeführt hätten, hätte für den Kanton Luzern 44 Millionen Franken Mehrkosten bedeutet. 2030 wären es sogar 88 Millionen Franken gewesen. Dieses Geld, Marcel Budmiger, muss irgendwoher kommen. Am Ende zahlt

es wieder die Allgemeinheit oder der Mittelstand. Aber genau das will die Mitte nicht. Sie will bei den Kosten ansetzen und diese minimieren.

Marcel Budmiger: Das Geld wäre bei der Bevölkerung angekommen, genau bei den Personen, die es nötig haben. Im Gegensatz zu Steuerabzügen, von denen wir wissen, wer profitiert.

Für den Regierungsrat spricht Gesundheits- und Sozialdirektorin Michaela Tschuor.

Michaela Tschuor: Wir sind uns alle einig und es ist uns bewusst, dass die Krankenkassenprämien sowohl für die niedrigen Einkommenssegmente als auch den Mittelstand eine zunehmend unhaltbare Belastung werden. Wir haben aber auch festgestellt, dass die Krankenkassenprämien in den nächsten Jahren nochmals weiter ansteigen werden. Es ist auch Fakt, dass die Massnahmen, die der Regierungsrat vorschlägt und mit deren Umsetzung wir bereits begonnen haben und die auch auf Bundesebene eingeleitet wurden, eine gewisse Zeit brauchen, bis sie greifen und wir das Resultat der Kostendämpfung sehen. In diesem Sinn ist es richtig, dass die Erteilung der Prämienverbilligung ein sozialpolitisches Instrument ist, das wir auch in den nächsten Jahren sicherlich brauchen werden. Langfristig gesehen verfolgt der Kanton Luzern folgende Strategien: Wir müssen mit der integrierten Versorgungsstrategie sicherstellen, dass Doppelspurigkeiten beseitigt werden. Es muss uns mit neuen Berufsrollen wie zum Beispiel den Advanced Practice Nurses (APN) gelingen, Entlastungs- und Versorgungsgänge bei Hausärztinnen und -ärzten zu erzielen. Es braucht Präventionsarbeit und die Stärkung der Gesundheitskompetenzen. Wir müssen aber auch in die Digitalisierung investieren. Wir kommen also nicht darum herum, in diesen Bereichen Investitionen zu tätigen. Hier heißt es leider, dass wir in diese Massnahmen investieren müssen, um mittel- bis langfristig zu reüssieren. Das Stichwort EFAS ist ebenfalls erwähnenswert. Im Rahmen des Voranschlags 2026 werden wir sicher gemeinsam über das Thema EFAS diskutieren. Bis dann werden wir konkrete Zahlen haben, was EFAS für den Kanton Luzern bedeutet. Im Moment geht es darum, dass wir die Datenlage des Bundes in unsere eigenen Berechnungen einflechten. Auch hier gilt: EFAS wird in den ersten drei Jahren sicherlich noch nicht kostendämpfend sein, sondern erst nachhaltig in den Folgejahren. Ich kann Ihnen versprechen, dass wir dieses Thema in der Kommission Gesundheit, Arbeit und soziale Sicherheit (GASK) vertieft anschauen und über die Auswirkungen und die langfristige Wirkung von EFAS diskutieren werden. Es ist aber so, dass EFAS dem Kanton Luzern nach der Einführung zuerst Mehrkosten verursachen wird. Mir ist es wichtig, das transparent aufzuzeigen. Wir bleiben dran und werden Sie in der nächsten Zeit mittels konkreter Zahlen informieren. Hier gilt tatsächlich: Kurzfristig gelingt es uns nicht, die Gesundheitskosten zu dämpfen, sondern nur nachhaltig und mittel- bis langfristig mit den von mir genannten Massnahmen. Diese finden Sie im Planungsbericht Gesundheitsversorgung, der Strategie über die integrierte Versorgung aber auch im Aufgaben- und Finanzplan (AFP).